



Amtliche Bekanntmachung

Beschlüsse des Grossen Gemeinderates vom 3. Juli 2017

- I. Als Vorstandsmitglieder in den Verein «House of Winterthur» werden Stefan Feer (FDP) und Silvia Gygax-Matter (GLP) gewählt.
- II. Für die Erweiterung der Schulanlage Laubegg im Dätttau wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von Fr. 4'643'800 bewilligt (Projekt-Nr. 12080). Stichtag für die Berücksichtigung der Mehrwertsteuersatz- und teuerungsberechtigten Mehr- oder Minderkosten: 1. Dez. 2016.
- III. Der Schlussbericht zum Projekt «Fokus», Zusammenführung der Verwaltung im Gebäudekomplex Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte, vom 21. Dez. 2016 wird zur Kenntnis genommen.
- IV. Für das Projekt «Mobile Workforce Management» werden die beiden Kredite Objekt Nr. 20634 und 20684 über insgesamt Fr. 650'000 (exkl. Mehrwertsteuer) zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens der Eigenwirtschaftsbetriebe bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der Teuerung bedingten Mehr- oder Minderkosten: 14. Juli 2016.
- V. Für das Projekt SBB-Hauptbahnhof Nord, Verbreiterung Bahn Fussweg, Projekt-Nr. 11375, wird ein Kredit von Fr. 770'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt.
- VI. Es wird eine Verordnung über das Energie-Contracting (VEC) erlassen.
- VII. Für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal, Untere Schöntalstr. 12 von einem Werkhof zu einem gemischt genutzten Technik- und Bürogebäude wird ein Zusatzkredit von Fr. 2'500'000 bewilligt (in Ergänzung des vom Volk am 15. Mai 2011 bewilligten Kredites über Fr. 19.59 Mio.).
- VIII. Für die Produktgruppe 424 Stadtpolizei wird ein Nachtragskredit von Fr. 661'000 im Jahr 2017 bewilligt. Der Globalkredit 2017 erhöht sich damit auf Fr. 27'131'771.
- IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zur Motion B. Meier (GLP), F. Landolt (SP), J. Altwegg (Grüne), L. Banholzer (EVP) und D. Schneider (FDP) betr. schnellere energetische Erneuerung der Gebäude wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. 2. Die Motion wird nicht erheblich erklärt und damit als erledigt abgeschlossen.

- X. Das Postulat M. Zeugin (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur wird an den Stadtrat überwiesen.

Rechtsmittel:

- Beschwerde an den Bezirksrat; Frist 30 Tage ab Publikation
- Stimmrechtsrekurs an den Bezirksrat; Frist 5 Tage ab Publikation

Referendum an den Stadtrat

Frist: 30 Tage ab Publikation

Winterthur, 6. Juli 2017 (Publikationsdatum)

Stadtkanzlei Winterthur

Internet: <http://gemeinderat.winterthur.ch/de/sitzung/>